



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 17.01.2019:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, *dan-news*, *lug-info* sowie *ukrinform*, *tass*, *sputnik* und *ria.ru*

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

lug-info.com: Die Vertreterin der Ukraine in der humanitären Untergruppe Irina Geraschtschenko hat versucht, die Arbeit der Kontaktgruppe zu sabotieren. Dies teilte der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Verhandlungen in Minsk, der Außenminister der Republik Wladislaw Dejnago mit. „Geraschtschenko ist ohne Einladung zur Sitzung der Kontaktgruppe in beschränktem Format gekommen und versucht, die Arbeit zu sabotieren, indem sie irgendeine ‚sehr wichtige Frage‘ benannte“, berichtete er.

Dnr-online.ru: **Das Außenministerium der DVR kommentierte den Beginn der ersten Sitzung der Kontaktgruppe im Jahr 2019**

In Minsk hat die erste Sitzung der Kontaktgruppe in diesem Jahr begonnen. Erörtert werden Fragen, die im Rahmen der thematischen Gruppen behandelt wurden:

- in der Untergruppe zu humanitären Fragen wurde die Erörterung einer Reihe praktischer Fragen wieder aufgenommen, die mit dem Austausch festgehaltener Personen nach der Formel „alle festgestellten gegen alle festgestellten“ sowie mit den Folgen der durch die Schuld der Ukraine nicht abgeschlossenen Realisierung dieser Formel im Jahr 2018 zusammenhängen;
- im Rahmen der Untergruppe zu Fragen der Sicherheit ist ein dringendes und problematisches Thema die Folgen der Verletzungen des geltenden Waffenstillstands durch die ukrainische Seite, insbesondere der zielgerichtete Beschuss eines Dienstfahrzeugs von „Woda Donbassa“ und drei seiner Mitarbeiter. In diesem Kontext erhält eine möglichst schnelle Vereinbarung zusätzlicher Maßnahmen der Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung eine besondere Aktualität;
- in der Untergruppe zu ökonomischen Fragen bestehen die Vertreter der Republik weiter auf der Vereinbarung eines Mechanismus zur Auszahlung von Renten, der Tilgung der Schulden der Ukraine gegenüber den Eisenbahnarbeitern und den Arbeitern von „Woda Donbassa“;
- die politische Untergruppe arbeitet heute an der Deblockierung der Diskussion über einen besonderen Status und hat auch eine Reihe praktischer Fragen aufgeworfen, die unter anderem den Rechtsraum der Regelung des besonderen Status betreffen.

lug-info.com: Die Vertreter der LVR haben heute auf der Sitzung der Untergruppe zu humanitären Fragen eine internationale Untersuchung des Mordes an dem russischen Freiwilligen Walerij Iwanow, der auf der Seite der LVR kämpfte, in einem ukrainischen Gefängnis gefordert. Dies teilte die Vertreterin der LVR in der Untergruppe Olga Kobzewa mit.

Die Vertreter der LVR und der DVR forderten von der ukrainischen Seite offizielle schriftliche Erläuterungen zur Frage der Austausches von festgehaltenen Personen.

„Dies betrifft vor allem eine Erstellung eines Dokuments in schriftlicher Form, in dem die Sicht

Kiews der Kriterien für eine Aufteilung der festgehaltenen Personen in Kategorien dargelegt wird und das Verständnis der ukrainischen Seite eines Austausches ‚aller festgestellten gegen alle festgestellten‘, erläuterte Kobzewa.

Dan-news.info: **Kommentar des Außenministeriums der DVR zu den Ergebnissen des Treffens der politischen Untergruppe in Minsk**

Das erste Treffen der Arbeitsgruppe zu politischen Fragen in diesem Jahr führte leider nicht zu irgendwelchen Bewegungen.

Die ukrainische Seite ignoriert weiter die Aufträge des Koordinators der OSZE über die Vorstellung einer offiziellen schriftlichen Positionen zu Fragen der Tagesordnung – vor allem zur Implementierung eines Kompromissmechanismus zum Inkraftsetzen des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass und über die Durchführung einer Amnestie.

Eine solch offene Sabotage des Verhandlungsprozesses von Seiten Kiews ist eine Hauptursache dafür, dass derzeit die Arbeit der politischen Gruppe faktisch blockiert ist, und das obwohl von Seiten der Republiken alle möglichen Schritte zur Deblockierung der Verhandlungen erfolgt sind und weiter erfolgen. Insbesondere haben wir auf dem heutigen Treffen eine Reihe praktischer Fragen zur Erörterung vorgeschlagen, die die Realisierung der Formel Steinmeiers betreffen.

Außerdem wurde heute zusätzliche Zeit für die Diskussion in weniger formaler Arbeit verwendet, als ein weiterer Versuch, irgendwie die Deblockierung der Verhandlungen zu befördern. Aber die Vertreter der Ukraine verweigerten die Erörterung der von uns vorgeschlagenen Fragen und ignorierten das Privileg zusätzlicher Zeit und haben dabei keinerlei konstruktive und der Tagesordnung entsprechende Argumente als Antwort vorgebracht.

Die bevollmächtigte Vertreterin der DVR unterstrich ein weiteres Mal die Notwendigkeit der Wiederaufnahme einer vollwertigen Arbeit der politischen Gruppe und der Einhaltung der bestätigten Tagesordnung von Seiten Kiews, weil es nur in diesem Fall möglich sein wird, mit einer langfristigen und stabilen Regelung des Konflikts im Donbass zu rechnen.

Dan-news.info: **Kommentar des Außenministeriums der DVR zu Ergebnissen des Treffens der ökonomischen Untergruppe in Minsk**

Die erste Sitzung der Gruppe zu ökonomischen Fragen im Jahr 2019 hat bestimmte praktische Bewegungen in Fragen der Durchführung eines Audits des kommunalen Unternehmens ‚Woda Donbassa‘ erbracht. Dies ist eine besonders wichtige Entscheidung, weil bis heute die Lohnrückstände der Mitarbeiter des Unternehmens nicht getilgt sind und weiter wachsen – etwa fünf Monate mussten die Arbeiter ohne Lohn arbeiten.

„Den Seiten ist es endlich gelungen eine Projektbeschreibung zur Durchführung eines internationalen Audits von ‚Woda Donbassa‘ zu vereinbaren und zu bestätigen. Jetzt stehen die Arbeit an einem Fahrplan und die Ausarbeitung der technischen Aufgaben bevor. Wir hoffen, dass dieser wesentliche Durchbruch in der Arbeit der Gruppe zu praktischen positiven Ergebnissen und zu einer Tilgung der Lohnrückstände für die Mitarbeiter des Unternehmens führen wird“, erklärte die bevollmächtigte Vertreterin Natalja Nikonorowa.

Wir erinnern daran, dass die entlassenen Mitarbeiter des staatlichen Unternehmens ‚Ukrsalinsniza‘ und der Aktiengesellschaft ‚Ukrsalinsniza‘ (ukrainische Eisenbahngesellschaft; Anm. d. Übers.) ebenfalls ihren gesetzlichen Lohn nicht ausgezahlt bekommen haben.

Wir merken an, dass der Leiter der Delegation des IKRK in der Ukraine Alan Ashleyman auf der Sitzung der Gruppe erklärte, dass die Juristen des IKRK sorgfältig die ukrainische Gesetzgebung studiert haben und keinerlei Widersprüche bezüglich einer Realisierung des vom Roten Kreuz vorgeschlagenen Mechanismus zur Auszahlung der Renten entdeckt haben.

„Als Antwort darauf konnten die Verhandlungsteilnehmer aus Kiew Ashleyman nur zu einem Gespräch mit ihrer Führung einladen, was ein weiteres Mal die Versuche der Politisierung der Frage der Renten und Sozialzahlungen durch die ukrainische Seite demonstriert, sowie die Existenz einer realen Möglichkeit, diese Fragen im Rechtsraum der Ukraine zu lösen“, erläuterte Nikonorowa. Auf der Sitzung hat die ukrainische Seite wieder ihre Bereitschaft erklärt, in nächster Zeit ihre

offizielle Position bezüglich eines praktischen Mechanismus zur Auszahlung der Renten an wenig mobile Bürger, der vom IKRK vorgeschlagen wurde, zu veröffentlichen. In Erwiderung erinnerte der Koordinator an die Notwendigkeit, sie schriftlich vorzulegen.

„Die Vertreter der Ukraine versprechen nicht zu ersten Mal, ihre offizielle Position bezüglich dieser schwerwiegenden sozialen Frage zu veröffentlichen. Wir erwarten, dass diesmal und in diesem Jahr die Erklärungen der ukrainischen Seite nicht mit den realen praktischen Handlungen auseinanderfallen“, unterstrich die bevollmächtigte Vertreterin der DVR.

Außerdem war das erste Treffen gesättigt mit Neuigkeiten über einen Wechsel des Koordinators der OSZE-Mission sowie ebenfalls des Ausscheidens der Leiters der Delegation des IKRK in der Ukraine Alan Ashleyman aus seinem Amt. Statt des Herrn Botschafter Per Fischer, der den Verhandlungsprozess verlässt, wurde der Botschafter Ulrich Brandenburg ernannt.

Die bevollmächtigte Vertreter der DVR dankte beiden Vertretern und äußerte die Hoffnung auf eine Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit mit ihren Nachfolgern.

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Hauptthema der Erörterung der Arbeit der Gruppe zu Fragen der Sicherheit durch die Kontaktgruppe war der empörende Akt militärischer Aggression von Seiten der BFU gegenüber Mitarbeitern des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“, die während Schneeräumungsarbeiten im Gebiet der Wasiljeka-Pumpstation erster Ebene des Jushnodonbasskij-Wasserwerks unterschiedlich schwer verletzt wurden.

„Ein besonderer Zynismus der ukrainischen Seite besteht darin, dass die bewaffneten Formationen der Ukraine trotz existierender Vereinbarungen über zusätzliche Sicherheitsgarantien auf dauerhafter Grundlage in diesem Gebiet, basierend auf der der Begleitung der Arbeitsschichten bei der Donezker Filterstation durch das GZKK beider Seiten, zielgerichtet vorhandene Erkennungsabzeichen und das ihnen bekannte Dienstfahrzeug des Unternehmens beschossen“, unterstrich Natalja Nikonorowa.

Wegen der regelmäßigen Verletzungen der vom GZKK gewährten zusätzlichen Sicherheitsgarantien zur Durchführung dieser oder jener Maßnahmen, darunter Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten, hat die DVR dazu aufgerufen, die Abstimmung zusätzlicher Maßnahmen zur Verstärkung und zur Kontrolle des Waffenstillstands zu verstärken und sie zu korrigieren.

„Wir bestehen auf einer möglichst schnellen Abstimmung eines zusätzlichen Pakets weiterer Maßnahmen zur Verstärkung und zur Kontrolle des Waffenstillstands sowie auf einen Punkt, der die Gewährung zusätzlicher schriftlicher Sicherheitsgarantien in Gebieten um Objekte ziviler Infrastruktur detailliert regelt“, teilte die bevollmächtigte Vertreterin der DVR mit.

Wir erinnern daran, dass die erste Variante zusätzlicher Maßnahmen von Herrn Hug in Form gerade solcher Kontrollmaßnahmen auf der Sitzung der politischen Berater der Normannischen Vier bereits vor Einführung des „Schul“-waffenstillstands 2017 vorgeschlagen wurde. Sie enthielt einige praktische Mechanismen, darunter Disziplinarmaßnahmen gegenüber Verletzern und Maßnahmen zur Reaktion auf Fälle von Verletzungen. Die Republiken haben diese Variante vollständig unterstützt.

„Trotz des Unwillens der ukrainischen Seite das Maßnahmenpaket zu vereinbaren und zu unterschreiben, bestehen die Republiken weiter auf seiner schnellstmöglichen Annahme. Dies ist eine prinzipielle Frage und ein wichtiger Mechanismus der Effektivität des Regimes der Feuereinstellung“, sagte Nikonorowa.

Ein weiterer Akzent in der Erörterung der Fragen der Sicherheit war die Entdeckung von Sprengeinrichtungen an der nördlichen Seite der Schleuse des Mironowskij-Stausees nicht weit vom Checkpoint der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Roty durch die OSZE. So haben Vertreter der OSZE-Mission die Vorbereitung einer Diversion durch die ukrainischen Streitkräfte entdeckt, die gegen die Zivilbevölkerung der LVR gerichtet ist.